

Stand: 07.01.2026 02:06:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/22532

"Verkehrsdatenspeicherung rechtssicher ausgestalten - Kinderpornografie und Kindesmissbrauch effektiv verfolgen und verhindern"

---

#### Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/22532 vom 05.05.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/23521 des VF vom 21.06.2022
3. Beschluss des Plenums 18/23723 vom 19.07.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 120 vom 19.07.2022



## Antrag

der Abgeordneten **Petra Guttenberger, Thomas Huber, Manfred Ländner, Tanja Schorer-Dremel, Tobias Reiß, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Stephan Oetzinger, Dr. Franz Rieger, Andreas Schalk, Josef Schmid, Sylvia Stierstorfer, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber, Dr. Hubert Faltermeier, Susann Enders, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Verkehrsdatenspeicherung rechtssicher ausgestalten – Kinderpornografie und Kindesmissbrauch effektiv verfolgen und verhindern**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt (sexualisierte) Gewalt an Kindern und Jugendlichen sowie die Herstellung und Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen von Kindern und Jugendlichen auf das Schärfste.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich weiterhin auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Verkehrsdatenspeicherung in dem vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) in seiner bisherigen Rechtsprechung vorgesehenen Rahmen umgesetzt wird, um so die Speicherung von IP-Adressen zu realisieren. Ziel ist es, den Strafverfolgungsbehörden den Zugriff auf die IP-Adressen insbesondere in besonders dringlichen und schwerwiegenden Fällen, beispielsweise bei der Bekämpfung der Kinderpornografie und von Kindesmissbrauch, oder von Hasskriminalität mit rechtsextremistischen Morddrohungen, zu ermöglichen.

### **Begründung:**

Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2020 werden täglich im Durchschnitt 46 Fälle des sexuellen Missbrauchs an Kindern in Deutschland angezeigt, was einen Zuwachs von 6,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Dabei handelt es sich allerdings nur um das sogenannte Hellfeld, also der Anzahl der bei der Polizei erfassten Straftaten. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen. Das damalige Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz schätzte das Dunkelfeld beim sexuellen Missbrauch im Jahr 2018 achtmal so groß ein, wie die der Justiz bekannt gewordenen Fälle. Die Zahl der gemeldeten Fälle des Besitzes, der Herstellung und der Verbreitung von Missbrauchsabbildungen von Kindern und Jugendlichen ist bundesweit im Jahr 2020 um 53 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Kinder und Jugendliche müssen auch in der digitalen Welt massive Gewalt erleben. Zu essenziellen Maßnahmen zum besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt (Kindesmissbrauch, Kinderpornografie) gehört neben der Prävention die stetige Verbesserung der Ermittlungsmöglichkeiten für die Strafverfolgungsbehörden. Die Möglichkeiten des Internets dürfen keinen rechtsfreien Raum bieten, schon

gar nicht in diesen Bereichen der Schwerstkriminalität. Im digitalen Zeitalter ist eine wirksame Verkehrsdatenspeicherung unverzichtbar.

Ermittlungen scheitern derzeit nach wie vor häufig daran, dass die Verkehrsdaten je nach Anbieter nur kurzfristig (bis zu 7 Tage) gespeichert werden und damit zum Zeitpunkt einer behördlichen Anfrage nicht mehr zur Verfügung stehen. Dabei ist auch zu sehen, dass die relevanten Sachverhalte den Ermittlern in einer Vielzahl von Fällen häufig erst nach Ablauf der 7-tägigen Speicherdauer bekannt werden oder notwendige Vorermittlungen (wie Rechtshilfeersuchen) nötig sind, die praktisch unvermeidbar zu zeitlichen Verzögerungen führen.

Die Verkehrsdaten, insbesondere die IP-Adresse, stellen einen wichtigen und oftmals sogar den einzigen erfolgsversprechenden Ermittlungsansatz dar. So kann zum Beispiel der zuständige Internetanbieter anhand der dynamischen IP-Adresse (und ggf. Portnummer), die bei der Tat benutzt wird, und der Uhrzeit ihrer Nutzung – auf eine entsprechende Anfrage der Ermittlungsbehörden hin – in der Regel feststellen, welchem seiner Kunden diese Adresse vorübergehend zugeteilt worden war. Diese Zuordnung der IP-Adresse zu einem konkreten Nutzer kann allerdings nur gelingen, wenn die dafür benötigten Verkehrsdaten noch beim Internetanbieter gespeichert sind.

Infolge der sogenannten Tele2-Entscheidung des EuGHs vom 21. Dezember 2016 ist die im Bundesrecht (§§ 113a ff. Telekommunikationsgesetz – TKG) geregelte Verkehrsdatenspeicherung von 10 Wochen jedoch durch Erklärung der Bundesnetzagentur faktisch ausgesetzt.

Mit Entscheidung vom 6. Oktober 2020 hat der EuGH jedoch festgestellt, dass die Verkehrsdatenspeicherung unter engen Voraussetzungen möglich ist. In Fällen einer nachweislich tatsächlich und gegenwärtig bestehenden oder vorhersehbaren Bedrohung der nationalen Sicherheit sei eine Ausnahme zur allgemeinen und unterschiedslosen Datenspeicherung für eine begrenzte Zeitspanne möglich. Auch für die Bekämpfung von schwerer Kriminalität und die Vorbeugung vor ernsthaften Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit könne eine gezielte Speicherung vorgesehen werden. Ferner können unter bestimmten Voraussetzungen die Dienstanbieter verpflichtet werden, die in ihrem Besitz befindlichen Verkehrs- und Standortdaten länger zu speichern.

Ebenso stehe es den Mitgliedstaaten offen, eine allgemeine und unterschiedslose Speicherung von IP-Adressen zum Schutz der nationalen Sicherheit, zur Bekämpfung schwerer Kriminalität und zur Abwehr schwerwiegender Gefahren für die öffentliche Sicherheit vorzusehen, wenn insbesondere die Speicherdauer begrenzt und die Speicherung auf das absolut erforderliche Maß begrenzt sei.

Diese Spielräume sind auf nationaler Ebene in vollem Umfang auszureizen. Insbesondere soll der Bund dafür Sorge tragen, dass die Speicherung der für die Ermittlungspraxis besonders wichtigen IP-Adressen umgesetzt wird, soweit dies auf Grundlage der bereits bestehenden Regelungen unter Berücksichtigung der Vorgaben des EuGHs möglich ist. Im Übrigen soll er auch die weiteren Spielräume nutzen, die der EuGH in seinen Entscheidungen vom 6. Oktober 2020 gelassen hat. Zu denken ist dabei etwa an eine Verlängerung der Höchstspeicherfristen für IP-Adressen gemäß § 113 b Abs. 1 TKG von bisher 10 Wochen auf 6 Monate und eine Erweiterung des Kataloges der zu speichernden Daten um die sog. Port-Adressen. Eine gesetzlich verankerte Speicherung dieser Port-Nummern ist als notwendige Ergänzung zur Speicherung von IP-Adressen notwendig, da eine IP-Adresse heute – aufgrund der begrenzten Zahl verfügbarer IP-Adressen – häufig von mehreren, mitunter vielen tausend Nutzern gleichzeitig genutzt wird, so dass eine Zuordnung zu einem konkreten Nutzer nur anhand der vom Provider intern vergebenen Unteradressen, der sog. Portnummern, möglich ist.

Sobald der EuGH auch über das deutsche Vorlageverfahren abschließend entschieden hat, sollte die Bundesregierung in einem zweiten Schritt sämtliche rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen und ein tragfähiges Gesamtkonzept für eine sachgerechte Vorratsdatenspeicherung vorlegen, dessen maßgebliche Bestandteile (z. B. Datenkategorien, verpflichtete Anbieter, Speicherfristen) einheitlich auf EU-Ebene geregelt sein sollten. Hierbei sind auch die vom EuGH aufgezeigten Möglichkeiten, wie eine Speicherpflicht bei akuten Bedrohungslagen, wie z. B. Terrorismus oder regional begrenzte Speicherpflichten, zu prüfen.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration**

**Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Thomas Huber, Manfred Ländner  
u.a. CSU,  
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber u.a. und  
Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Drs. 18/22532**

**Verkehrsdatenspeicherung rechtssicher ausgestalten – Kinderpornografie und  
Kindesmissbrauch effektiv verfolgen und verhindern**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Petra Guttenberger**  
Mitberichterstatter: **Horst Arnold**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 2. Juni 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
B90/GRÜ: Enthaltung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
AfD: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
FDP: Ablehnung  
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 21. Juni 2022 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
B90/GRÜ: Enthaltung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
AfD: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
FDP: Ablehnung  
Zustimmung empfohlen.

**Petra Guttenberger**  
Vorsitzende



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Petra Guttenberger, Thomas Huber, Manfred Ländner, Tanja Schorer-Dremel, Tobias Reiß, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Stephan Oetzing, Dr. Franz Rieger, Andreas Schalk, Josef Schmid, Sylvia Stierstorfer, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber, Dr. Hubert Faltermeier, Susann Enders, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/22532, 18/23521

### **Verkehrsdatenspeicherung rechtssicher ausgestalten – Kinderpornografie und Kindesmissbrauch effektiv verfolgen und verhindern**

Der Landtag verurteilt (sexualisierte) Gewalt an Kindern und Jugendlichen sowie die Herstellung und Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen von Kindern und Jugendlichen auf das Schärfste.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich weiterhin auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Verkehrsdatenspeicherung in dem vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) in seiner bisherigen Rechtsprechung vorgesehenen Rahmen umgesetzt wird, um so die Speicherung von IP-Adressen zu realisieren. Ziel ist es, den Strafverfolgungsbehörden den Zugriff auf die IP-Adressen insbesondere in besonders dringlichen und schwerwiegenden Fällen, beispielsweise bei der Bekämpfung der Kinderpornografie und von Kindesmissbrauch oder von Hasskriminalität mit rechtsextremistischen Morddrohungen, zu ermöglichen.

Die Präsidentin

I.V.

**Karl Freller**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

### **Abstimmung**

#### **über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Vorab ist aber noch über zwei Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gesondert abzustimmen.

Zunächst lasse ich über die Listennummer 7 der Anlage zur Tagesordnung abstimmen, den Antrag betreffend "Diversität im Kulturbereich I: Diversitätskriterien für den Bayerischen Filmpreis entwickeln" auf Drucksache 18/22231. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt Zustimmung in folgender Fassung: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich zu berichten, wie bei der Besetzung der Jury bzw. Auswahlausschüsse Diversitätskriterien stärker berücksichtigt werden können."

Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dieser Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der AfD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Stimmenthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Klingen. Damit ist dem Antrag zugestimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun komme ich zur Gesamtabstimmung über die Liste.

(Zurufe)

– Entschuldigung. Es gibt noch einen zweiten Antrag zur Abstimmung, die Listennummer 5: Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) "Diversität im Kulturbereich II: Diversitätskriterien für bayerische Filmfördermittel entwickeln", Drucksache 18/22216.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt Zustimmung in folgender Fassung: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich zu berichten, wie bei der Filmförderung Diversitätskriterien stärker berücksichtigt werden können."

Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dieser Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN, die SPD, die FREIEN WÄHLER, die CSU. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FDP und die AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Klingen und Swoboda. Damit ist der Antrag angenommen.

Jetzt kommen wir zur Gesamtabstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP, der AfD. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Die beiden Fraktionslosen haben nicht mitgestimmt. Gut, dann ist das so. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.





2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 1. Juli 2022 (Vf. 10-VII-22) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der §§ 36 g Abs. 3, 43 Abs. 6 und 50 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates von Würzburg vom 21. Oktober 2021

PII-G1310.22-0007  
Drs. 18/23661 (G)

**Über die Verfassungsstreitigkeit wird gesondert beraten.**

#### Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Alexander König u.a. CSU  
Zukunftsinvestitionen für Clubs und Livemusikspielstätten durch Bundesförderung anstoßen  
Drs. 18/22204, 18/23646 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)  
Bayerische Wirtschaft vor grüner Inflation und Dirigismus schützen III: Keine Ökotoken!  
Drs. 18/22207, 18/23663 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Diversität im Kulturbereich II:  
Diversitätskriterien für bayerische Filmfördermittel entwickeln  
Drs. 18/22216, 18/23648 (G)

**Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.**







18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Landesplanung stärken II – Monitoring und Forschung verbessern:  
Gründung eines „Bayerischen Landesinstituts für die raumbezogene Forschung“  
Drs. 18/22693, 18/23658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Häuser heizen – nicht das Klima:  
Energetische Sanierung in Bayern wieder fördern  
Drs. 18/22694, 18/23657 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Landesplanung stärken IV – Doppelsicherungsverbot abschaffen  
Drs. 18/22695, 18/23664 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Landesplanung stärken I –  
Regionale Planungsverbände weiterentwickeln  
Drs. 18/22696, 18/23665 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Landesplanung stärken III – Kommunen bei nachhaltiger und  
bedarfsgerechter Stadt- und Raumplanung unterstützen  
Drs. 18/22706, 18/23666 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)  
Religiöse Radikalisierung in Bayern stoppen – Innere Sicherheit stärken  
Drs. 18/22720, 18/23518 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)  
Anhörung zur rechtspolitischen Weiterentwicklung bayerischer Asylpolitik  
Drs. 18/22721, 18/23519 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)  
Nutzhanfpotenziale stärker nutzen II:  
Sinnlose Kontrollpflichten für nachgelagerte Produkte abschaffen  
Drs. 18/22745, 18/23595 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)  
Landwirtschaftliche Krisen in den Fokus rücken:  
Jetzt nach politischen Lösungen suchen!  
Drs. 18/22746, 18/23596 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)  
Mangel an Saisonarbeitskräften entgegenwirken:  
Zeitgrenzen für kurzfristige Minijobs erneut ausweiten  
Drs. 18/22778, 18/23659 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl,  
Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Adäquate Einlagensicherung, insbesondere Erhalt der bewährten  
Institutssicherungssysteme von Genossenschaftsbanken  
und Sparkassen  
Drs. 18/22779, 18/23660 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kinderrechte ernst nehmen:  
Beauftragte und Beauftragten für Kinderrechte einsetzen!  
Drs. 18/22786, 18/23520 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

30. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes,  
Ralf Stadler u.a. und Fraktion (AfD)  
Einführung des Bayerischen Nachhaltigkeitstokens verhindern! -  
Freiheitlich demokratische Grundordnung schützen!  
Drs. 18/22874, 18/23662 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Weniger Bürokratie im Vereinssport – Chancen der Digitalisierung nutzen und Ehrenamt entlasten!  
Drs. 18/23028, 18/23641 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)  
Bosnien und Herzegowina: Territoriale Integrität wahren – Integration in die EU fördern – Frieden und Stabilität sichern  
Drs. 18/23212, 18/23627 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.